

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Zusammensetzung mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst
der Frauen- und Jugendzeitung einschl. Gringerlohn monatlich 80 Pf.
ab dem 1. Februar vierfachjährl. Nr. 2.76, unter Kreuzband für Deutschland und
Böhmen 8.-. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Brüderstraße 21, II. Telefon 3465.
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Brüderstraße 21. Telefon 1769.
Sprechstunde von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Postkosten werden die 6spaltige Zeitung mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger
Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinssprecher 20 Pf. Inserate müssen
bis spätestens 10 Uhr fehl in der Expedition abgegeben sein und sind im
Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 231.

Dresden, Montag den 5. Oktober 1908.

19. Jahrg.

Zu den Balkanfragen.

Die bosnische Frage als Friedenstrüger.

Wien, am 4. Oktober.

Der österreichisch-ungarische Reichsgraf zu
völkler-Wetzl hat seinen Urlaub unterbrochen und,
Paris zurückgekehrt, bei dem Präsidenten Galliéraux am
heutigen Audienz genommen. Auch der Minister des Außenwesens
von, war hierbei anwesend. Die offizielle Nachricht, die
dem Empfang noch Wien meldung brachte, deutete den Zweck
Inhalt der Unterredung mit keinem Worte an. Aber die
der, die mit dem „Auswärtigen Amt“ Verbindungen unter-
halten, bringen heute die große Neuigkeit: der Reichsgraf hat
Präsidenten der Republik ein eigenhändiges Schreiben
Kaisers Franz Josef überreicht, das eine
neine Darstellung der Zustände im Orient und der
deren staatlichen Interessen Österreich-Ungarns enthält.
dem Schreiben wird die gegebenenfalls eintretende Not-
schaft erwähnt, daß Österreich-Ungarn in Bosnien
in der Herzegowina in formeller Besetzung
initiative Zustände schaffe, die in keinerlei Weise eine Neide
der seit dreizehn Jahren bestehenden österreichischen Verhältnisse
würde. Die Agence Fourcier kommentiert — ohne auf
Inhalt des Handschreibens einzugehen — das Ereignis mit
Worten: Dieser Schritt Österreich-Ungarns muß bei den
antiken bulgarischen Tendenzen der österreichisch-ungarischen
und besonders nach den Gerüchten, die über die Annexion
und der Herzegowina zirkulierten, große Konse-
quenzen haben.

In der Tat, dieser Schritt muß große Konsequenzen haben,
seit er nichts weniger, als daß sich Österreich-Ungarn auf
den Frieden auf dem Balkan, die friedliche Entwicklung
generierten Türkei zu stören. Eine Tat wahrwolliger Ver-
gang, unbegreiflich nach der unwillkürlichen Haltung der öster-
reichischen Politik in den letzten 20 Jahren, unbegreiflicher noch
die Umstände, unter denen sie geschieht. Was soll es begonen,
in dem Handschreiben hervorgehoben wird, die Schaffung
definitiver Zustände werde an den tatsächlichen Verhältnissen
ändern? Das weiß ja freilich jedermann, daß die Okkupation
Bosniens und der Herzegowina wirtschaftlicher Besitz war, daß der
in dem befreiten Lande volle Autorität des Gesetzgebungs-
und Verwaltung ausübte, daß man auf dem Berliner Kongreß
seinen milderen Namen gewählt hatte, der die Tatsache der
Tatsache der Besitznahme verschleiert. Es war damals viel-
eher Rücksicht auf Russland als auf die Türkei, was die
ere Fassung wählen ließ, und wenn man in Wien nach der
sicht bei Klausim, als die Macht des Zarenreichs zu Boden
den Enthüllungen gefunden hätte, die Annexion zu proklamieren,
einfach vernünftigstes ein Vorsichtsmaßnahmen. Aber heute?
Es ist gerade die Formfrage die Hauptfrage. Die Geschicht-
lehre lehrt eindeutig, wie das neue Regime in Konstantinopel
wichtig bedacht ist, die Macht des osmanischen Reiches
hütten, auch dort, wo das Recht nur noch Schein ist.
Es ist Bulgarien einer weniger „tatsächlich“ unabhängig, als
in den tatsächlichen österreichisch ist? Dennoch hat der Groß-
fürst Kostim Pasha verklärt, die Unabhängigkeitserklärung
Bulgariens würde von der Störte als Kriegsfall angenommen
werden. Man soll nicht glauben, daß das jungtürkische Regime
seine Tatenloskeiten keine Seele hängt. Aber es hat die Ver-
stümmungen und Misshandeln der Nationalen zu fürchten. Vor
den gefährlichen Vorwurf, daß es die Macht und Größe
Reichs verloren habe. Also ist der Versuch Österreich-
Ungarns, daß staatsrechtliche Verhältnisse zu Bosnien zu ändern,
zweckmäßig ein Angriß auf die empfindliche Stelle, und muß
halb in Konstantinopel die gefährliche Stimmung wachrufen;
aber um so mehr, als der Zusammenhang mit den
außenordnungen Bulgariens nun mit völker-
rechtlichkeit hervorprangt.

Als die bulgarische Regierung Gerüchte von der bevorstehenden
Unabhängigkeitserklärung aufstehen ließ und mit offener
Auseinandersetzung das ihr Gebiet durchdringende Streit der
Orientbahnen besiegte, während gleichzeitig Fürst
Ferdinand in Budapest auf eine unerwartet herzliche Begegnung
aufwarten, suchten die Wiener Offizialen dieses verächtliche
Zusammenstoß damit zu entkräften, daß sie behaupteten, der
Gesang sei schon festgestellt worden, und Österreich
gegen die Bekämpfung der Unrechte protestiert. Die
Stadt stand nur mäßigen Glücksen. Woher kam es denn,
daß alles so stand, daß Bulgarien in wachsender
hast alle Beschwörungen der Gesellschaft abwarf und zuletzt so
ablehnte, mit der eigentlichen Besitzerin der Bahn, mit der Türkei,
unterhandeln? Wer könnte den kleinen Staaten den Mut zu
der provokativen Haltung ein? Aufstand stand auf Seiten der
Stimme, die offen für die Türkei eintraten, kein Vorwurf, die
Auseinandersetzung der Signatarien des Berliner Vertrags anheim
gebar, wendete sich in der Sache gegen die Abhängigkeit Bulgariens,
um auch damit der Ausweg gefunden werden sollte für einen
bewußten Rückzug der bulgarischen Diplomatie. Ging Bulgarien,
zudem mit Serbien und Griechenland in bitterer Feindschaft
ohne jegliche Rücksichtnahme zu vermeiden vor? Und warum
bis zur Stunde Österreich-Ungarn dem Vor-
lage Bulgariens nicht zugestimmt? Heute wissen wir die
Wahrheit auf alle diese Fragen. Unter Bulgarien steht tatsächlich
Wiener Kabinett.

Über den kurzen Ferdinand zu seinen Verwegenheiten inspiriert

hat, wie die französischen Blätter behaupten, oder nicht: gewiß ist
daß es ihm Schwung und Stütze gewährt. Und es geht darin so
weit, die Interessen der Orientbahn preiszugeben, deren Betrieb
in österreichischen Händen ist, also die wertvollste wirtschaftliche
Position auf dem Balkan zu opfern. Das kann nur geschehen und
daß nur einen Sinn, wenn Österreich-Ungarn Bulgarien als
Sturmbock gegen die Türkei benutzen will. Das Wort des
Alvaro von der französischen Doge, die das Wiener Kabinett auf die
Türkei gehetzt habe, ist nicht hilflos, aber sehr wahr.

Während man nur den Zweck einer solchen verhängnisvollen
Politik Österreich-Ungarn hat in Bosnien die unmöglichste Auf-
gabe übernommen, ein Balkangebiet seinem Staatsgefüge einzurichten.
Auch unter den günstigsten Umständen war kein Erfolg
zu erwarten. Jeder Fortschritt der Kultur mußte bloß die Selbst-
ständigkeitsmärkte der Serben und der Mohammedaner er-
muntern. Dazu wurden schwere Fehler begangen. Man spielete
zuerst eine Konfession gegen die andere aus und suchte dann, als
dies Spiel versagt, mit matten Unterdrückungsmaßregeln auszukommen.
Man bewirkte bloß, daß Serben und Mohammedaner ihre alte Feindschaft
fallen ließen und gemeinsam gegen die
Okkupationsregierung Front machten. Jetzt hat mit einem Donner-
schlag die Proklamation der türkischen Verfassung drein.
Nichtsdestotrotz noch immer ein Teil der Türkei, also ging
es wohl nicht mehr an, unter österreichisch-ungarischem Banner
absolutistisch zu regieren, wenn dasselbe Gebiet unter türkischer
Herrschaft jetzt an der Konstitution teil hätte. Aber ein bosnischer
Landtag, so fürchtet man, wird ein Herd der Irredenta sein!
Und so will man eine halbe Monate schaffen, wie es scheint
eine beratende Öffentlichkeit: zugleich jedoch durch die Annexion
des Bosniens die Möglichkeit nehmen, sich an das Konstantinopeler
Parlament zu wenden. Als ob es an dem formellen Rechte lage!
Als ob die Annexion die Wissensschaft im Lande zu dämpfen
vermöchte!

Und um eine Schußwehr aus Papier aufzurichten, nimmt
man die schwersten internationalen Verwicklungen in den Kauf!
Frankreich und England spielen heute mit großem Geschick die
Protektoren der Jungtürken. Möge man sie der Heimatkritik zeihen,
weil sie doch eben erst im Niederrad Programms die Verfestigung
des osmanischen Reichs auf ihrem Schild geschrieben hatten: Sie
gehen flug mit den Balkanstaaten, wobei wenigstens in Paris auch
eigene Sympathien für die junge Konstitution mitwirken dürften.
Aufstand, wie es auch sonst zu der Frage der bulgarischen Un-
abhängigkeit steht, wird sich jetzt von den Balkanstaaten nicht lösen,
und da es stets die Annexion Bosniens befürwortet hat, Sicher-
lich Frankreich unterstehen, welches bereits deutlich hat zu er-
sinnen gegeben, daß es nicht geneigt ist, der Annexion Bosniens
zuzustimmen oder, was deshalb ist, seine Zustimmung von dem
Spruch der Störte abhängig zu machen. In eine schlimme Lage
gerät Deutschland. Es darf keinen einzigen Freund Österreich-
Ungarn nicht im Stiche lassen, ohne seine Isolation
zu vollenden, und es gerät in den Fall, wenn es die Wiener
Politik unterstellt, alle Sympathien am Orient einzubringen, um
die es sich Jahrzehntelang bemüht. Aber noch Schlimmer ist
denkbar. Der unbedachten Schritt des Wiener Kabinetts beschwört
die Gefahr gefährlicher Konsolidierung herauf. Mit atemberaunder Spannung
wartet man in Österreich und Ungarn, darf man auch überall,
wo man sonst um den Frieden Europas Sorge trägt, der Sitzung
der Delegationen entgegenwarten, die am 8. Oktober eröffnet
wird. Hier muß sich der Schleier lösen und das Geplänkt ge-
heimer Pläne offenbar werden.

Die Deferfeure von Casablanca.

Wenn es nach den Wünschen der jetzt vom Reichsdechanten
richtig geleiteten Aldeutschen ginge, hätte Deutschland aus den Kon-
flikten mit anderen Staaten überhaupt nicht mehr heraus.
Der Zwischenfall in Casablanca ist beispielhaft dadurch entstanden, daß
deutsche Deferfeure der Fremdenlegion gewaltsam den Händen des
deutschen Konsuls entzogen wurden. Die Franzosen haben dann
behauptet, daß die Deferfeure deutscher Fremdenlegionäre durch ein
deutsch-französisches Bureau systematisch betrieben werden. Das ist von
deutscher Seite bestritten worden. Nun meldete sich plötzlich ein Herr
Schiff-Holm, Vorsteher eines aldeutschen Vereins, mit der Behaup-
tung, daß dieser die Deferfeure der Fremdenlegionäre nicht ge-
fördernd und darüber die in Casablanca verbotenen Deutschen zur
Deferfeure veranlaßt habe. Diese etat aldeutsche To-
politisches ist vor der Regierung doch zu toll, denn die königliche
Gesetzgebung ist recht offiziell:

„Ein deutscher Verein gegen die Fremdenlegion hat es für
angezeigt geboten, jüdisch mit einem Schreiber an die jüdische
gesetzliche Regierung zu wenden, worin er die Institution der
Fremdenlegion angreift und gegen die Verhaftung der deutschen
Legionäre in Casablanca Einspruch erhebt. Der Verein war bisher
völlig unbekannt, und seinem Einspruch wurde
nichtslei Bedeutung beigemessen, wenn er nicht in einer
der Deffendanten bestimmten Gefahrung der Rahmenhaft
der deutschen Legionäre als sein Werk bezeichnet und angeführt
hätte, daß er auch in Zukunft Legionäre bestreiten und jüdische
Tätigkeit eine größere Ausdehnung geben werde. Es
geht nicht ganz von selbst, daß die deutsche Regierung
im allgemeinen und die deutschen Konsulatbezirken in Marokko
solchen Unternehmungen durchaus fernstehen und sie nur
mit Vorsichtigen können. Deutschland ist nicht bereit, in die
inneren Angelegenheiten der französischen Armee einzutreten oder
Leute, die ihr vertragsgemäß angehören, zur Zusammenflucht zu er-
muntern. Dies versteht uns aus den tatsächlichen, noch mehr
aber aus politischen Gründen, die auch für deutsche Verein-
schaften möglicherweise sein sollten. Durch die Veröffentlichung des
deutschen Vereins wird den französischen Behauptungen vom
Vorhandensein einer Deferfeurenagentur allein

Ansehen noch eine unerstrebliche Bestätigung gegeben. Das ist
am liebsten beobachtlich; wie aber der Verein glauben kann, daß
er durch seine Wirkung das Los der deutschen Fremden-
legionäre verbessern oder die Aufhebung der Legion veranlassen
kann, ist unverständlich. So lange leichtfertige und oft bedeutende
Elemente dazu sich befinden, ihr Leben und ihre Gesundheit
für schlechten Vorsprung zu Nutzen zu tragen, wird Frankreich
auf diese billige Menschenware kaum verzichten.“

Der Wahlmacher Siebert und seine Kumpane werden der Regierung
allmählich fürchterlich. Es erhebt sich aber die Frage: Wie
war es möglich, daß die französische Presse über tatsächliche Ver-
gänge, die sich unter dem anderthalb Dutzend Deutschen von Casablanca
abspielen, besser unterrichtet war, als der deutsche Konsul am
Orte, als der deutsche Gesandtschaftsrat in Marokko und die Regierung
in Berlin? Nur kann man es den Franzosen übelnehmen, wenn sie
der deutschen Regierung nicht glauben wollen, sondern hinter
der Sache mehr vermuten als eine unglaubliche Unzumutbarkeit und
Abwendungsfähigkeit? Herr Ohl-Sohn war nun deutschen Konsul in
Casablanca so, als ob er sein Agent wäre, aber der deutsche Konsul am
Orte, auch wie sein Agent gehandelt. Der Schein spricht gegen ihn,
aber nicht bloß gegen ihn, er spricht auch gegen die deutsche Regierung.
Wir haben es schon erlebt, daß preußische Behörden russische Standort-
berichterstattungen unter Aufhebung der Ausweitung zum Landes-
bericht verleiten wollten. Es wäre ein niederschmetternder Beitrag
zum Kapitel der deutschen Freiheit, wenn sich nun am Ende
noch herausstellen sollte, daß deutsche Reichsbeamte Deserteure
protagonist in einem französischen Truppen Teil getrieben
haben und begünstigt hätten. Der Reichstag wird sich
hoffentlich nach seinem Zusammentritt beilegen, im Interesse des hier
wie auch gescheiterten nationalen Ehre und der guten Beziehungen zu Frankreich volle Ausklärung und schläunige Entfernung
der kompromittierenden Beauteen zu verlangen, wenn nicht etwa schon
zuvor eine entscheidendeklärung erfolgt sein sollte.

Spiel steht allerdings heute schon fest: Deutschland ist durch
das napoleonische Treiben seiner aldeutschen Nebenposten in Marokko
so in die Falle geraten, daß es froh sein muß, wenn es sich mit
einem Zusammenspiel dem Schauspiel der Ereignisse zuordnen kann. Und diese Wendung durch einen klugen Zugang wird hoffentlich
dem Weltfrieden nützlich sein!

Deutsches Reich.

Die Sydon-Projekte.

Die Bundesratsausschüsse haben, nach einer L.A.
Wahlung, in der verlorenen Woche die Beratung der Steuer-
entwürfe beendet, die noch von dem vorigen Reichstag
abgelehnt wurden, also die Entwürfe über Zölle, Zigaretten-
und Branntwein. An dieser Woche kommen
die Nachlasten, Elektrizitäts- und Gas-
steuer, Bier- und Weinsteuer usw. zur Beratung.

Neue Militärausgaben.

Es steht nun fest, daß der Militärrat, wie er diesen
Winter den Reichstag beschäftigen wird, für Preußen neu
fordert einen Kavalleriebrigadesstab, ein Kavallerie-
regiment, einen Kommandeur der Pioniere und ein Pionier-
bataillon.

So sieht also die „Sparsamkeit“ aus, die nach den Ver-
sprechungen des Reichskanzlers auch auf militärischem Gebiete
geübt werden sollte.

Preußen unter falschem Verdacht.

Eine Berliner Korrespondenz hatte die Behauptung ver-
breitet, daß Preußen gegen die Weinsteuer ge-
stimmt habe. Die preußische Regierung kann sich natürlich
nicht nachfragen lassen, doch sie jemals gegen eine Verbrauchs-
steuer gewesen wäre, deshalb läßt sie erklären, daß es sich bei
der Weinsteuer vorher noch um ein Projekt handelt, das über-
haupt noch nicht beraten wurde.

Eine Aenderung des Tages.

Die Gründung eines Aldeutschenvereins, der in
ähnlicher Weise für die Verwollkommenung der Armee ein-
treten soll wie der Flottenverein für die Vergroßerung der
Marine, soll nach einer Berliner Korrespondenz beabsichtigt
sein.

Flotten-, Luftflotten- und Armeeverein! Alle drei
finden die lebhafte Unterstützung der Patrioten, denen der
Patriotismus in erster Linie ein Geschäft ist. Und alle drei
Vereine finden Töpfe in Masse, die ihnen auf den Leim
schießen.

Wahltag in Anhalt.

Dem anhaltischen Landtag gehörten bisher zwei Sozial-
demokraten an. Um sie zu bestreiten, kam ein Kartell der
bürgerlichen Parteien zusammen, das von dem politisch völlig
verfeindeten Kreisbau bis hinüber zu den Konservativen
reichte. Doch der Liebe Wüste war umsonst, unsere Genossen
verloren zwar den Sitzen in Dessau, den sie nur durch ein
Kompromiß errungen hatten, behaupteten aber das Mandat in
Wienburg und eroberten die beiden Mandate in
Bitterfeld.

Zu die Kriegervereine abkommandiert.

Die Regierung ist es recht unangenehm, daß die Erlasse
des Kriegsministeriums über den Wehrstand der Offiziere zu den
Kriegervereinen in die Öffentlichkeit gekommen sind. Die
amtliche Berliner Korrespondenz kann zwar das Vorhandensein
dieser Erlasse nicht bestreiten, meint aber, feststellen zu
können, daß sie nicht geheim waren, und fügt hinzu:

„Auch eine am 1. Juni 1906 in gleicher Angelegenheit